

Volks-Zeitung

Die oberschlesische Streikkatastrophe.

Alle Betriebe liegen still. — Ohne Licht und Kraft. — Militär als Hilfe in den Elektrizitätswerken. — Der tägliche Schaden: Lohnausfall: 600 000 Mark, Förderungseinkunft: 6 Millionen Mark.

Wien, 16. August.
Die Lage in Oberschlesien ist unverändert. Alle Betriebe liegen still infolge des Streiks der elektrischen Arbeiter. Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Kattowitz, 16. August.
Die Pressestelle schreibt: Nachdem gestern nachmittag das Lichtverbot ebenso in Streik getreten ist, ist seit gestern der gesamte Industriebetrieb wieder ohne Licht und Kraft. Im Zuge der gestrigen Verhandlungen in Kattowitz hat der Staatskommissar angeordnet, daß auch in den Lichtwerken Zehwege und Chorzow je zwei Kompanien Pioniere die Lichtwerke wieder in Kraft setzen. Licht und Kraft ist im Industriegebiet heute im Laufe des Tages zu erwarten. Auf Grund des Arbeitszwanges hat der Staatskommissar ferner den Besitzern der beiden Lichtwerke Arbeitsbefehle zugehen lassen. Sobald die Pioniere ihren Dienst aufgenommen haben, wird das Tageslicht noch im Laufe des heutigen Tages wieder in Ordnung gebracht. Zum Vergleich: Der Streik ist zu bemerken: Die Situation ist die alte. Der Arbeiter und die Arbeiter sind nicht am Streik beteiligt. Von den Pionieren werden in dem nächsten Augenblick die „Kohlenarbeiter“, „Kohlenarbeiter“ und „Kohlenarbeiter“. Neben diesen Umständen ist natürlich noch eine große Reihe von Schwierigkeiten durch Kohlenmangel und den Lichtstreck zum Vorschein gekommen. Der Schaden, den die Volkswirtschaft durch diesen neuen (parasitären) Streik erleidet, ist wieder ein ungeheurer. Der Lohnausfall ist fast täglich auf 600 000 Mark, der Wert der ausbleibenden Förderung täglich auf sechs Millionen Mark geschätzt worden.

Breslau, 16. August.
Eine vom Reichs- und Staatskommissar Göring und dem kommandierenden General des 10. Armeekorps für das Belag-

ungsgebiet des Regierungsbezirks Oppeln erlassene Verordnung verbietet, Arbeitswille (das heißt Personen, die sich nicht am Streik beteiligen wollen) durch Verhörung, Einschüchterung, Uebertreibung, Aufstellen von Streikposten und Streikpostenstehen oder in sonstiger Weise an der Aufnahme oder der Ausführung der Arbeit zu verhindern.

Alle Gewerkschaften gegen den Streik.

Kattowitz, 16. August. (M. Z. B.)
Am Freitag, den 15. August, fanden in Kattowitz Verhandlungen in Sachen des Bergarbeiterstreiks und der Arbeitsniederlegung bei den Oberbergämtern statt. Von den amtierenden Vertretern sämtlicher Gewerkschaften wurde der Streik als „liber Streik“ bezeichnet und für unvertretbar erklärt.

Beilegung der Streikgefahr im Ruhrbezirk.

Essen (Ruhr), 16. August.
Hier hat eine Arbeiterkonferenz der Maschinen- und Feilerverbände stattgefunden, an der 246 Delegierte von 146 Betrieben teilnahmen. Gegenstand der Beratungen waren die neuen Forderungen der Besondereinzelarbeiter. Wie der „Ruhrischen Zeitung“ von einem Konferenzteilnehmer geschrieben wird, haben die Verhandlungen mit dem Gewerkschaftsbund einen für die Arbeiterklasse günstigen Ausgang gehabt. Die Forderungen der Arbeiter wurden berücksichtigt und bestimmt:

1. Der Zentralverband der Maschinen- und Feiler wird vom Gewerkschaftsbund als gleichberechtigter Kontrahent anerkannt. In sämtlichen Belangen und in allen Fragen, die den Beruf der Maschinen- und Feiler angehen, wird der Zentralverband der Maschinen- und Feiler als Kontrahent hinzugezogen.
2. Der kommende Tarifvertrag, der in den nächsten vierzehn Tagen abgeschlossen sein wird, wird verbindlich ab 1. Juli sein. Daraus das Entgeltverhältnis des Gewerkschaftsbundes ist die Gefahr neuer wirtschaftlicher Erschütterungen für das Ruhrgebiet abgewendet worden.

Verminderung der Kohlenabgabe.

21 statt 40 Millionen Tonnen.

Berlin, 16. August.
Bekanntlich hat Deutschland die Verpflichtung übernommen, bis zu 40 Millionen Tonnen Kohlen an den Verbund zu liefern. Verhandlungen, die in der letzten Zeit mit der Entente über die Kohlenlieferung geführt worden sind, haben zu einer Ermäßigung dieser Forderung der Entente geführt. Die Reichsfinanzminister Schmidt in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung mitteilte, ist die Forderung der Entente von 40 Millionen auf 21 Millionen herabgesetzt worden.

Die unterernährten deutschen Kinder.

Eine Anklage aus englischer Munde.

London, 16. August.
Den englischen Mätern von 14. zufolge berichtet Professor Gilling von der Londoner Universität über seine Reise durch Deutschland. Die deutschen Kinder seien seit 1916 unterernährt. Er hoffe jedoch, daß eine beträchtliche Zahl dieser Kinder wieder hergestellt werde, wenn Deutschland Kredit erhalte, um Lebensmittel zu kaufen. Dies sei der Ausgangspunkt der ganzen Lage in Deutschland. Jedes vierter Kind, das man Deutschland nehme, leide die Zügel eines Kindes. Er wolle den Vorschlag, daß ein Oberer Wirtschaftsrat gebildet wird, in dem auch Deutschland vertreten ist.

Die deutsch-französischen Gegensätze im Elß.

Berlin, 16. August.

Aus einem stark genutzten Artikel des „Populaire“ geht hervor, daß es im Elß fortgesetzt zu Zusammenstößen französischer Soldaten und Zivilisten mit den Eingeborenen, die deutsch sprechen, kommt.

Die Antwort an Rumänien.

Die Verteilung der Kriegsbeute.

Paris, 16. August. (Reuter.)

Die Antwort des Obersten Rates an Rumänien ist gestern abgefaßt worden. „L'Echo“ erklärt, in der Antwort ist bestimmt worden, daß von nun ab keine Entschädigungen hinsichtlich der ungarischen Angelegenheiten durch die vier interalliierten Generale in Budapest dem dortigen rumänischen Zivilkommissar und dem rumänischen Kommandanten zur Ausführung ausgestellt werden. Was die Verteilung der Kriegsbeute anbetrifft, so ist bestimmt worden, daß die Verteilung des erbeuteten Materials nach Einverständnis zwischen der ungarischen Regierung und den alliierten Regierungen erfolgen werde.

Rumänien hält sich an den Geheimvertrag.

Amsterdam, 16. August.

„Daily News“ vom 14. meldet aus Paris: Im Jahre 1916 wurde zwischen den Alliierten und Rumänien ein geheimes Ver-

ständnis, in dem man sich über gewisse Grenzgebiete, bevor Rumänien in den Krieg trat, ergoß. Es wird behauptet, daß jetzt, obgleich die Alliierten diesen Vertrag verworfen und andere Grenzen festgelegt haben, Rumänien seiner Absicht Ausdruck gibt, sich nach den Bedingungen des Geheimvertrages zu richten und daß, es als ein Recht anhebt, unabhängig von den Alliierten zu ergreifen.

Das neue ungarische Kabinett.

Ein Ministerium für die Industriearbeiter.

Budapest, 15. August. (Ungar. Telegraph-Bureau.)
Freitag mittag wurde die neue ungarische Regierung vom Premier, dem königlichen Prinzen Joseph, ernannt. Ministerpräsident wurde Stefan Friedrich, Minister des Innern Martin Kobacz, Minister des Innern Baron Siegmund Ferenczy, Finanzminister Johann Czerny, Reichsminister General Franz Szecher, Justizminister Georg Palogh, Handelsminister Stefan Szabo, Kultur- und Unterrichtsminister Karl Gulyasz, Minister für Volkswirtschaften Andreus Giller, Minister der nationalen Minoritäten Jakob Fejery, Minister ohne Portfeuille wurden Stefan Geller und Johann Mayer, mit der Berechtigung der Gewerkschaften betraut. Minister ohne Portfeuille Graf Paul Zelt. Das einflussreiche ungarische Handelsministerium hat die Ministerpräsident Stefan Friedrich selbst übernommen. Den Ministern ohne Portfeuille werden folgende Aufgaben übertragen: Stefan Geller wird die Propagandaangelegenheiten leiten; Johann Mayer ist Minister der kleinen Randvorteile; außerdem wurde ein neues Portfeuille für die Angelegenheiten der industriellen Arbeiter errichtet; dieses Portfeuille ist noch nicht besetzt. Die Geschäfte des Volksernährungsministeriums wird bis zur Belegung des Portfeuille des stellvertretenden Staatssekretärs Bela Zerbh leiten.

Die Mitglieder der neuen Regierung haben heute mittag vor dem Premier, königlichen Prinzen Joseph, den Eid abgelegt.

Amerikas Hilfe für Kollisch.

Amsterdam, 16. August.

Nach „Algemeen Handelsblad“ melden die „Times“ aus New-York, daß Nachrichten aus Washington zufolge die amerikanische Regierung den Vertretern Kollischs bereits 100 000 Gewehre ausgegeben hat. Die für Kollisch bestimmten Waffen und Munition werden über Washington verschifft. Die Lage in Westsibirien soll außerordentlich sein.

„Deutsche Zentralarbeitsgemeinschaft“ im Osten. Aus Grundsatz wird gemeldet: Die Gründung einer Deutschen Zentralarbeitsgemeinschaft für das abzutretende Westpreußen ist gestern im Braunsberger Gemeinderat von den dortigen vier amtierenden Vertretern (einfachmündigen Vertretern der Christlich-demokratischen Partei, der Deutschen demokratischen und der Sozialdemokratischen Partei, die Klagen wurden. Die Deutsche Partei hat durch ihre amtierenden Vertreter die grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Beitritt ebenfalls erklären lassen. Die Arbeitsgemeinschaft soll aus im ganzen zwölf Vertretern der vier in Frage kommenden deutschen Parteien bestehen. Die einzelne Partei soll drei Vertreter entsenden. Als Sitz der Zentralarbeitsgemeinschaft wurde einstimmig Braunsberg gewählt.

Kriegerwitwenelend.

Das Reich muß helfen.

Von Müller-Brandenburg.

Die Regierung hat auf die Forderungen des Reichsbundes der Kriegswitwenelendigen und Hinterbliebenen, die die Befreiung der Kriegswitwen erleiden, abgelehnt. Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß bei der geradezu katastrophalen Lage unserer Einzelkämpfer, allergrößte Empfinden am Platze ist. Andererseits bedarf es eines Nachweises, daß wir in den Kriegswitwen heute die Zeile des Volkes vor uns haben, die am schärfsten unter der Herrschaft des Glücks stehen.

Der Verfasser darf hier aus eigener Erfahrung reden. Seit Dezember 1918 als Mitglied der Kriegswitwenkommission der Gemeinde Glogitz tätig, erlebte ich täglich eine Fülle von Arbeit finden Laufende und aber Laufende von Kriegswitwen nicht, weil Männer (Feldaussteiger) wieder an ihre Stellen getreten sind, und die, die Arbeit haben, werden sehr oft maßlos unentgeltlich für ihre Arbeit bezahlt. Ich lehne das Elend der Kriegswitwenelendigen groß. In die das der Kriegswitwen aus der Fülle der in der Woche vom 8. bis 10. August mir vorgelegten Notfälle nur zwei (nachfolgend herausgegriffen) zur Kenntnis bringen:

Da schreibt eine Frau:
„Mein Mann ist 1917 gefallen. Ich bin immer gezwungen, zu arbeiten, da ich zwei Kinder im Alter von 5 und 7 1/2 Jahren habe. Ich muß die Kinder im Tagelohn lassen. Der Kleine von 7 1/2 Jahren ist noch so weit zurück, daß er nicht einmal lesen kann; ich selbst habe mich bis jetzt bei der besten Zeitung so schlecht über Wasser gehalten; meine letzte Befähigung war Weberarbeit. Ich bekomme jetzt 105,50 Mark Hinterbliebenengeld. Davon habe ich 23 Mark Miete zu zahlen gehabt, 25 Mark mußte ich bezahlen für Lebensmittel, die ich nicht vorher bezahlen konnte. Dann habe ich für die Kinder die Lebensversicherung bezahlt: 8 Mark. Für zwei Kinder und mich bleiben mir somit 40 Mark. Es ist heute der 8. Ich weiß nicht, wie und wovon ich nächste Woche meine Lebensmittel kaufen soll; es reicht knapp für diese Woche. Ich habe mir jetzt von der ganzen Arbeit ein Augenleiden zugezogen, und würde trotzdem gern noch arbeiten. Aber niemand eine feste Anstellung. Nur Aufzahlung, und diese große Arbeit kann ich auf der Dauer nicht verrichten; der Lohn reicht auch nicht aus. Die Rente hat mir vor 3 1/2 Jahren 150 Mark bewilligt und vor einem Viertel Jahr 100 Mark. Das hat gerade für das notwendigste Leben ausreicht. Ich fühle mich wirklich in Not, bin zum Betteln gezwungen.“

Und eine andere Frau und Witwe sagt:
„Da ich mich jetzt bereits fünf Jahre lang mit meinen vier Kindern durchbringen habe, bin ich jetzt am Ende meiner Kräfte angelangt und weiß weder mehr ein noch aus. Kohlen habe ich seit Jahren keine kaufen können, daher muß ich das Gehen auf Gas machen, welches jetzt noch sehr teuer ist. Ich muß jeden Monat über 50 Mark Gasgeld nachzahlen. Dann bleiben mir noch 1,50 Mark für den ganzen Monat zum Leben übrig. Arbeiten kann ich nicht viel, da ich ein Hornröhrenleiden habe. Von den Lebensmittelkarten kann ich nur das notwendigste kaufen. Ich stehe vor einem Mangel, was ich meinen Kindern ausgeben lassen soll und dazu kommt noch, daß die Kinder nicht mehr anzusehen haben. Der Winter hat von der Erde und man kann nicht mehr aufpassen. Außerdem habe ich schon annähernd 400 Mark Schulden. Wenn ich von der Hinterbliebenenrente keine Unterstützung erhalte, dann würde ich meinen anderen Part, als unser Leben in ein Ende zu machen.“

So lauten die Briefe in ihrer ganzen lauten Wahrheit und Natürlichkeit. Sie sind aus Dutzenden herausgegriffen. Sie sprechen für sich selbst. Und die Reihe?
Das Reich muß eingreifen! Man verzeihe doch nicht, es ist hier Arbeit an der Zukunft der Nation zu leisten. Die Kriegswitwen sind zum größten Teile Mütter, darüber sie und sehen sie anzuregen, dann neben ihre Kinder — des Volkes Zukunft — auch zuzurechnen. Das Reich muß helfen!

Kaufliche „Ehren“.

Ein origineller Staffettlauf.

Die deutsche Volkspartei, die Erbin der schmerzlichen nationalen Freiheitskämpfe, deren Reichstag hat in ihren Sitzungen einen 9. der also lautet:

„Ein Anrecht zum Ehrenbeirat ernannt zu werden, wird auch dadurch erworben, daß das Mitglied dem Verein einen einmaligen Beitrag von mindestens 1000 Mark leistet und außerdem sich verpflichtet, jährlich einen Beitrag von mindestens 100 Mark zu zahlen.“
„Ein Anrecht zum Ehrenbeirat ernannt zu werden, wird auch dadurch erworben, daß das Mitglied dem Verein einen einmaligen Beitrag von mindestens 1000 Mark leistet und außerdem sich verpflichtet, jährlich einen Beitrag von mindestens 100 Mark zu zahlen.“
„Freie Bahn dem Tüchtigen!“ Aber Monaten muß er haben!

Politische Nachrichten.

Nach der „Frei. Bl.“ verlannt, daß der russische Volksdienst (Ved) nach der Ukraine abgezogen werden wird, nachdem diese die Gewähr dafür gegeben hat, daß die Besatzungsmächte in der Ukraine festgenommenen deutschen Geiseln ebenfalls freilassen werden.

Die des „Samburger Echo“ erfährt, werden die Vorbesprechungen der Interdisziplinären Verwaltung der deutschen Gliedstaaten über die Reichsfinanzverwaltung vom 11. bis 15. September in Würzburg stattfinden. Die Konferenz selbst dürfte bald darauf folgen.
Wie die Korrespondenz der „Freien Gewerkschaften“ mitteilt, befaßt die Mitgliederversammlung der Gewerkschaften jetzt auf 6 087 300. Das letzte Anwachsen der Ziffer darf als ein symptomatischer Beweis